

**Kleine Anfrage der Fraktion der SPD**

**Wie werden Tiefbauarbeiten im Bereich der Sankt-Jürgen-Straße koordiniert?**

Im Jahr 2028 wird der vollständige Umzug des Klinikums Links der Weser (LdW) an den Standort des Klinikums Bremen Mitte (KBM) abgeschlossen sein. Künftig wird das Klinikum Mitte als Maximalversorger für die Stadt fungieren und wichtige Bereiche der Versorgung an einem Standort bündeln. Dadurch ist mit einer Zunahme des Verkehrsaufkommens zu rechnen und eine verlässliche Erreichbarkeit im Besonderen der Notaufnahme elementar. Diese erfolgt vor allem durch die Sankt-Jürgen-Straße, sodass eine Beeinträchtigung – insbesondere durch baustellenbedingte Sperrungen – dieser Straße mit weitreichenden Konsequenzen für das KBM verbunden wäre. Daher gilt es, sich abzeichnende Tiefbauarbeiten (Strom, Wärme, Telekom, Wasser, Abwasser, Ampel-Verbindungen) vor dem Umzug möglichst gemeinsam zu erledigen. Hierdurch soll vermieden werden, dass nicht schon kurz nach dem Umzug die Sankt-Jürgen-Straße wieder aufgerissen und blockiert werden würde und eine reibungslose Erreichbarkeit des KBM gerade in den ersten Jahren nach der Zusammenlegung sichergestellt wird.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Versorgungs- und Verbindungsleitungen sowie weitere Leitungen sind in der Sankt-Jürgen-Straße verlegt?
2. Bis wann müssen diese jeweils voraussichtlich gewartet, erneuert oder gänzlich neu verlegt werden?
3. Wie wird sichergestellt, dass die notwendigen Tiefbauarbeiten vor dem Umzug des Klinikums Links der Weser – und möglichst gemeinsam – erledigt werden, damit die Sankt-Jürgen-Straße zumindest in den ersten drei Jahren nach dem Umzug nicht erneut aufgerissen und blockiert wird?
4. Welche Akteure müssen zusammenwirken, damit dieses Ziel erreicht wird?
5. Wie sieht der genaue Zeitplan dafür aus beziehungsweise bis wann wird er erstellt und in welchem Rahmen werden hierbei Verkehrsprojekte wie die Sanierung der Weserbrücke der Autobahn 1 bedacht?

**Beschlussempfehlung:**

Arno Gottschalk, Ute Reimers-Bruns, Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

